

des vergangenen Jahres bei den Unionsparteien nicht völlig fehlten, die Szene bestimmten die Positionen, gegen die sich nun die fünf MdBs mit Unterstützung der *Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft* (CDA) vehement aussprechen. Selbst wenn absehbar ist, daß diese Positionen in den Unionsparteien, und zwar nicht nur wegen der CSU, gegenwärtig nicht konsensfähig sind, wird die CDU/CSU, aber auch die FDP mit ihren nicht gerade einheitlichen Positionen einer erneuten Asylantendebatte nicht ganz aus dem Wege gehen können.

Klar ist aber auch, daß das Thema es überall besonders schwer hat. Mit ihm lassen sich keine Wählerstimmen fangen. So bleibt zu hoffen, daß die Initiative der fünf Abgeordneten nicht nur etwas taugt, wenn es gilt, auf das C in der Union hinzuweisen, sondern auch, wenn praktische Politik gemacht wird.

Wechsel

Das Ungewöhnliche und Gewöhnliche an der Hessenwahl

Am Tag nach der Hessenwahl überboten sich die professionellen Kommentatoren gegenseitig mit dramatischen Formulierungen. Von „Umbruch“ war die Rede, von „Sensation“, von „Machtwechsel“, von „einer historischen Zäsur nach 41jähriger SPD-Vorherrschaft“. Das klang so, als ob eine mittlere Groß-Macht ihr Regime geändert hätte. Der Überschwang in der Kommentierung mochte nach der Wechselbad-Wahlnacht, dem drohenden Patt und den falschen Prognosen – die richtigen, die es auch gab, blieben unerwähnt – verständlich sein.

Psychologisch erklärt sich dieser Überschwang wohl nicht zuletzt aus der Überraschung; man hatte einen Regierungswechsel nach dieser Wahl – offenbar galt das sogar für die Gewinner der Wahl – einfach nicht für möglich gehalten, obwohl die Ge-

samtkonstellation eigentlich für einen Wechsel sprach: Die Erfahrungen mit der rot-grünen Koalition waren nicht so positiv; ihre Fortsetzung nach herbeigeführtem Bruch nicht so plausibel, daß ihr spontan Wählermassen in die Arme laufen konnten; der CDU-Spitzenbewerber – siehe Frankfurt – war besser eingeführt als der der SPD usw.

Aber einen Einschnitt, ob er nun von den Erwartungen her plausibel war oder nicht, bedeutete die Wahl allemal. Zum erstenmal in der Nachkriegszeit wurde in Hessen der Weg zu einer von der CDU geführten Regierung frei, zum erstenmal kam es nach einer Bundestagswahl zu einem Regierungswechsel in einem Bundesland zugunsten der in Bonn Regierenden, und die SPD sank in Hessen, das gemeinhin als SPD-Hochburg gilt, zum erstenmal bis an die 40-Prozent-Grenze. Die Auswirkungen sind beträchtlich und waren unmittelbar nach der Wahl absehbar. Das rot-grüne Modell hat sich auf Bundes- wie auf Länderebene für absehbare Zeit erledigt. Die SPD ist nun endgültig gezwungen, ihre Identitätsprobleme auszuschwitzen und nicht durch Koalitions-Strategie zu über-tünchen. Und die Grünen scheinen trotz der Zunahme von 3,5 Prozent gerade mit Hessen an eine Wende ihres Erfolgs gekommen zu sein. Die internen Auseinandersetzungen bei den Grünen werden zumal auf Bundesebene nicht lange auf sich warten lassen.

Über all diesen Umschwüngen ist allerdings ein wenig vergessen worden, daß gerade die Hessenwahl mehr Gewöhnliches als Außergewöhnliches bot. Die SPD verlor zwar hoch, die CDU hat aber nur dürftig gewonnen, dürftig deshalb, weil frühere Gewinne viel höher waren und Hessen – von der Wählerschaft her – bereits seit den frühen siebziger Jahren kein klassisches SPD-Land mehr ist. Mag sein, daß der Erfolg für die CDU bei den weiteren Landtagswahlen zum Selbstläufer wird. Aber sicher ist das nicht. Das ebenfalls überraschende Ergebnis vom 25. Januar sollte die CDU scheiden machen.

Unter Druck

Der Kirchentag, Südafrika und die Deutsche Bank

Ganz wohl war dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages bei seiner am 14. März getroffenen Entscheidung, die Geschäftsbeziehungen des Kirchentages zur Deutschen Bank abzubrechen, weil diese sich nicht dazu bereit erklärt hatte, politische Forderungen in Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika einzubringen, offenbar nicht: In der Begründung des Beschlusses wird festgehalten, daß es unter den Mitgliedern des Präsidiums über einen solchen Schritt keine einheitliche Meinung gebe; eine starke Minderheit halte den gefaßten Beschluß aus gewichtigen Gründen für falsch.

Tatsächlich bedeutet die Entscheidung des Kirchentagspräsidiums, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank einzustellen, eine *Kehrtwendung*. In einem am 1. November vergangenen Jahres gefaßten Beschluß hatte es noch geheißt: „Das Präsidium konnte mehrheitlich nicht zu der Überzeugung kommen, daß ein völliger Abbruch von Geschäftsbeziehungen ein vom Bekenntnis gebotener, dem Kirchentag gemäßer oder im Blick auf die Aufgaben des Kirchentages verantwortbarer Beitrag zur Überwindung der Apartheid wäre.“ In einem ausführlichen Brief hatte das Präsidium damals versucht, seine Haltung gegenüber den Gruppen zu rechtfertigen, die unter Berufung auf entsprechende Beschlüsse und Richtlinien des ÖRK den Bruch mit in Südafrika engagierten Banken als notwendige Konsequenz aus der Verurteilung der Apartheid betrachten.

Genau diese Gruppen haben sich jetzt durchgesetzt. Ein beträchtlicher Teil der zur Mitwirkung am bevorstehenden Frankfurter Kirchentag eingeladenen Gruppen hatte die Teilnahme von einer grundsätzlichen Entscheidung des Präsidiums zum Abbruch